

# Antrag der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld

**-öffentlich-**



**Vorlagennummer**

**1202/26 A**

Krefeld, 23.06.2026

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Rat	09.07.2026	beschließend

## **Betreff**

**Haushalt 2026 realistisch neu aufstellen statt schönrechnen - Einbringung eines Antrags der AfD-Fraktion vom 23.06.2026**

## **Beschlussentwurf**

Der Rat der Stadt Krefeld beschließt angesichts der erheblichen Abweichung zwischen dem ursprünglichen Planansatz für das Haushaltsjahr 2025 in Höhe von -46,4 Mio. Euro und der zwischenzeitlichen Prognose der Verwaltung in Höhe von rund -170 Mio. Euro:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Haushaltsplanentwurf 2026 umfassend zu überarbeiten und dem Rat spätestens zur Ratssitzung im September 2026 erneut zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Sofern hierzu haushaltsrechtlich erforderlich oder zweckmäßig, ist die Überarbeitung im Wege eines Nachtragshaushalts vorzunehmen.
2. Im Rahmen der Überarbeitung sind insbesondere
  - a) die den Haushaltsausgleich betreffenden Planannahmen auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen und an realistischen Prognosen auszurichten;
  - b) auffällige Reduzierungen einzelner Aufwandspositionen gegenüber dem vorläufigen Ergebnis 2025 nachvollziehbar zu erläutern und durch konkrete, beschlossene oder zumindest belastbar darstellbare Maßnahmen zu untersetzen; dies gilt insbesondere für die im Entwurf vorgesehene Reduzierung des Personal- und Versorgungsaufwands um 37,8 Mio. Euro;
  - c) die Erträge, insbesondere Steuern, Zuwendungen, Gebühren und sonstige Erträge, sowie die übrigen Aufwandspositionen kritisch zu prüfen und auf realistischer Grundlage neu zu bewerten;
  - d) die globale Minderaufwendung in Höhe von 24,4 Mio. Euro durch konkrete, nachvollziehbare und wirksame Einsparmaßnahmen zu ersetzen;

- e) die bislang berücksichtigten Entlastungen durch eine mögliche Altschuldenübernahme durch Bund und Land gesondert darzustellen und dabei ausdrücklich zu berücksichtigen, dass eine solche Altschuldenübernahme bislang nicht abschließend gesichert ist.
3. Der überarbeitete Haushaltsplanentwurf beziehungsweise ein entsprechender Nachtragshaushalt ist dem Rat so rechtzeitig vorzulegen, dass eine ordnungsgemäße Beratung in den zuständigen Fachausschüssen sowie im Haupt- und Finanzausschuss vor der Ratssitzung im September 2026 möglich ist.

## **Begründung**

Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2026 weist ein Defizit von 85 Mio. Euro aus. Bereinigt um die globale Minderaufwendung in Höhe von 24,4 Mio. Euro ergibt sich rechnerisch ein Fehlbetrag von rund 110 Mio. Euro. Die AfD-Fraktion hält diesen Planansatz angesichts der tatsächlichen Haushaltsentwicklung für deutlich zu optimistisch.

Diese Einschätzung wird insbesondere durch die Entwicklung des Haushaltsjahres 2025 bestätigt. Der ursprüngliche Planansatz sah ein Defizit von 46,4 Mio. Euro vor; die aktualisierte Prognose der Stadt erwartet nunmehr ein Defizit von rund 170 Mio. Euro. Die Abweichung beträgt damit mehr als 123 Mio. Euro. Das tatsächliche Defizit liegt somit mehr als dreieinhalbfach über dem ursprünglichen Ansatz. Dies zeigt eindrücklich, dass die bisherigen Planungs- und Prognoseannahmen die tatsächliche finanzielle Lage der Stadt nicht zutreffend abgebildet haben.

Besonders augenfällig wird dies beim Personal- und Versorgungsaufwand. Der Entwurf sieht eine Absenkung um 37,8 Mio. Euro gegenüber dem vorläufigen Ergebnis 2025 vor, ohne dass Entlassungen, ein entsprechender Stellenabbau oder anderweitige konkrete Maßnahmen in dieser Größenordnung dargestellt werden. Zugleich ist aufgrund tariflicher Entwicklungen grundsätzlich mit weiter steigenden Personalkosten zu rechnen. Eine derartige Reduzierung ist ohne konkrete und belastbare Maßnahmen nicht nachvollziehbar und erweckt den Eindruck, dass der Haushaltsplanentwurf die tatsächliche Entwicklung nicht realistisch abbildet.

Auch die globale Minderaufwendung in Höhe von 24,4 Mio. Euro ersetzt keine konkrete Haushaltskonsolidierung. Einsparungen müssen nachvollziehbar benannt, politisch beschlossen und in ihrer Wirkung überprüfbar sein. Pauschale Minderaufwendungen können eine echte Konsolidierungsstrategie nicht ersetzen.

Hinzu kommt, dass in der mittelfristigen Finanzplanung erhebliche Entlastungen durch eine mögliche Altschuldenübernahme von Bund und Land berücksichtigt werden, obwohl diese bislang nicht abschließend gesichert ist. Bis 2029 werden Verlustvorträge in Höhe von 433 Mio. Euro erwartet, die die allgemeine Rücklage von 380 Mio. Euro rechnerisch bereits um 53 Mio. Euro übersteigen. In dieser Rechnung sind zudem 200 Mio. Euro aus einer bislang unsicheren Altschuldenübernahme enthalten. Es wäre daher haushaltspolitisch unverantwortlich, auf Grundlage nicht gesicherter Hilfen einen Haushalt zu beschließen, der strukturelle Defizite nicht ausreichend abbaut.

Die Folgen unzureichender Planung sind erheblich. Der Haushaltsplan sieht bereits vor, dass Krefeld im Jahr 2027 ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen muss. Die AfD-Fraktion hat vor dieser Entwicklung bereits im Jahr 2023 gewarnt. Werden die Defizite erneut unterschätzt, droht im Anschluss die vorläufige Haushaltsführung. Krefeld hat eine solche Situation bereits 2013 erlebt; die damals entstandenen Investitions- und Sanierungsrückstände belasten die Stadt bis heute.

Der vorgelegte Entwurf bietet dem Rat daher keine ausreichend belastbare Grundlage für die Haushaltsentscheidung 2026. Eine umfassende Überarbeitung mit realistischen Annahmen, konkreten Konsolidierungsschritten und einer gesonderten Betrachtung der unsicheren Altschuldenübernahme ist zwingend erforderlich. Der Zeitraum bis zur Ratssitzung im September 2026 ist ge-

eignet, um den Entwurf auf Grundlage der tatsächlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 2026 sowie möglicher Konkretisierungen zu Hilfen von Bund und Land zu überarbeiten und dem Rat erneut vorzulegen.

Gez.  
Felix Dornig  
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.  
Hauke Finger  
Finanzpolitischer Sprecher